

Schwachstellen dieser Ansätze liegen. So bleibt völlig offen, was geschieht, wenn ein*e Täter*in oder ein Opfer nicht bereit ist, in einen Wiedergutmachungsprozess einzutreten. Da auf Zwangsmaßnahmen verzichtet werden soll, bleibt unklar, wie eine aktive Beteiligung aller Parteien an einem Aufarbeitungsprozess gewährleistet werden kann. Auch Wege zu der geforderten Umstrukturierung gesellschaftlicher und ökonomischer Verhältnisse, die in letzter Konsequenz die Abschaffung des Kapitalismus bedeuten würde, bleiben vage. Angesichts der These des *racial capitalism*, die der abolitionistischen Bewegung zugrunde liegt, erweist sich dieser Punkt jedoch als zentral. Denn damit bleibt letztlich auch unklar, was mit einer nicht-reformistischen Reform auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene konkret gemeint ist und wie sie nachhaltig verwirklicht werden kann. Zudem stellt sich die Frage, wie politische Allianzen für das Projekt geschmiedet werden können, wenn selbst ein erheblicher Teil emanzipativer Bewegungen Recht und Polizei statt als zu überwindendes Probleme als Lösungen für bestehende Unterdrückungsstrukturen sehen? Wie können Aktivist*innen, die für eine stärkere rechtliche Berücksichtigung von marginalisierten Gruppen eintreten und letztlich für den Ausbau staatlicher Schutzmaßnahmen kämpfen, von der Idee des Abolitionismus überzeugt werden, ohne sie zu bevormunden?

Man muss sicher nicht mit allen, teils radikalen Forderungen dieses Sammelbands einverstanden sein. Trotzdem ist die Lektüre ohne Zweifel eine Bereicherung. Sie führt eindrücklich vor Augen, dass koloniale und rassistische Herrschaftsstrukturen längst nicht überwunden sind, sondern unsere gesellschaftliche Wirklichkeit von Grund auf prägen. Der Reader sensibilisiert für bestehende Ungerechtigkeiten und tagtägliche, staatlich legitimierte Gewalttaten und offeriert darüber hinaus alternative Handlungspraktiken jenseits von Überwachen und Strafen.

Friedrich Johannes Weißbach, Berlin

Cedric Johnson: *The Panthers Can't Save Us Now. Debating Left Politics and Black Lives Matter.*

(New York: Verso) 2022, 186 Seiten. 21,50 €.

Es kommt auch nicht alle Tage vor, dass ein ausgesprochen kluger, analytisch tiefgründiger und weitsichtiger Aufruf zur breiten Solidarisierung mit Armen unter Linken auf Skepsis, Empörung und sogar unverhohlene Verachtung stößt. Und ausgezeichnet wird. Man ahnt: Es ist kompliziert. Umso erfreulicher ist die gelungene Kuratierung des zuerst 2015 formulierten Appells *The Panthers Can't Save Us Now* im jüngst erschienenen gleichnamigen Buch. Darin warnt der Politologe Cedric Johnson angesichts der Vereinnahmung der *Black Lives Matter*-Bewegung vor den Gefahren der *black unity politics*, also vor Politiken, die *Race* zum Hauptwiderspruch erklären und letztendlich

neoliberalen Eliten dienen. Der Appel wird gerahmt von weiteren Reflexionen Johnsons und namhafter Kolleg:innen zur *Black Power*-Nostalgie in Zeiten der Hyperinhaftierung in den USA.

Kollateralschaden

Was dem Politologen Cedric Johnson am Herzen liegt, ist klar: eine egalitäre und sozial gerechte Gesellschaft, ohne *disposable people*, mit Zugang zur Grundversorgung für alle und der Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben (51). Um dies gegen die Kräfteverhältnisse im globalen Kapitalismus durchzusetzen, brauche es einen verstärkten Dialog und die Partizipation der Armen, und dafür seien breite Allianzen notwendig. Hinderlich sei hingegen die Entkoppelung von *Race* und Klasse, die bereits in der *Black Power*-Bewegung der 1970er Jahre radikalere linke Politiken ersetzte, und die nun mit dem prominenten *Twitter*-Hashtag *Black Lives Matter* (*BLM*) den Diskurs der „Mainstream-Linken“ dominiere. Trotz Massen auf der Straße und *Twitter*-Stürmen seien die Eindämmung von Polizeigewalt und polizeiliche Rechenschaftspflicht keinen Schritt vorangekommen. Denn *BLM* blockiere wichtige Allianzen und setze zu stark auf „soziale“ Medien, die Gemeinsinn erstickten.

Johnson ist sichtlich genervt von den Fehlannahmen, die das Narrativ des *black exceptionalism* aufrechterhalten. Akademische Aktivist:innen bezögen sich weiterhin auf die von Michelle Alexander eingebrachte und von *BLM* verbreitete *Jim Crow*-Analogie, die Polizeigewalt und steigende Inhaftierungsraten in den USA seit den 1970er Jahren als Fortschreibung der Rassentrennungsgesetze im Süden der USA ab dem späten 19. Jahrhundert wertet. Mit der Romantisierung von *Black Power* würden die historischen Ursprünge und intrinsischen Grenzen der Bewegung vergessen sowie die tatsächlichen materiellen und sozialen Kräfte, die den Gefängnisstaat hervorbrachten, verschleiert. Johnson wendet ein: Rassismus sei ein wichtiges Element des neuen Gefängnisstaats, doch die einseitige Analyse übersehe die systematische (Re-)Produktion der *Surplus*-Bevölkerung (Arbeitskraftreserve) durch das neoliberale Modell der Kapitalakkumulation. Vorstellungen des *New Jim Crow*-Regimes seien empirisch und analytisch falsch und würden weiterhin in eine Sackgasse führen. Schwarze seien in Gefängnissen zwar überrepräsentiert, aber Weiße würden am häufigsten von der Strafjustiz getötet. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass es oft Schwarze politische Eliten waren, die während der postindustriellen Ära viele US-amerikanische Städte regierten und mithin den Ausbau der Gefängnisnation vorantrieben. Zynisch findet Johnson die von Alexander vorgenommene Bezeichnung weißer Inhaftierter als „Kollateralschaden“ im Krieg gegen Schwarze, zumal die Gefängniserverweiterung als sozialer Kontrollkomplex nicht hauptsächlich rassistisch motiviert war. Dies sei eine alte Erkenntnis der Schwarzen Bewegung, die in Vergessenheit geriet. So habe bereits 1972 der inhaftierte Genosse George Jackson betont, dass 30 bis 40 Prozent der Mitinsassen Schwarze

sind, aber „every one of the many thousands I’ve encountered was from the working or lumpenproletariat class“ (30). Auch der Schwarze Intellektuelle und *Chrysler*-Facharbeiter James Boggs sprach schon 1963 angesichts der industriellen Automatisierung und Massenarbeitslosigkeit in Detroit von „*expendables*“, den Überflüssigen, und erkannte, dass ihre Situation keine Ausnahme ist, sondern integraler Bestandteil der politischen Ökonomie (21). Der Begriff der „*Surplus*-Bevölkerung“ helfe Johnson zufolge dabei, diejenigen zu benennen, die am häufigsten von der Polizei überwacht und schikaniert werden. Dies ist nicht ganz neu, konstatierte doch zum Beispiel Sidney L. Harring schon vor vier Jahrzehnten: “The American police institution and its role in American society cannot be understood outside class relations and class struggle” (2017 [1983]: 247). Obwohl viele Schwarze *Racial Profiling* erleben, sei Klasse ein viel stärkerer Faktor dafür, wer tatsächlich verhaftet, verurteilt und inhaftiert wird: „der Kollateralschaden des amerikanischen Traums“ (xiii).

Die ausufernde Strafjustiz sei weniger eine Reinkarnation des *Jim Crow*-Regimes, sondern ein Kernelement der sozialen Verwaltung der Surplus-Bevölkerung im Postwohlfahrtsstaat. Sie habe den Wohlfahrtsstaat als wichtigstes Mittel zur Bewältigung sozialer Ungleichheit abgelöst. Daher sei der anti-rassistische Rahmen von *BLM* ungeeignet, um die komplexen Ursachen der Polizeikrise zu erklären. Auf dieses *BLM*-Problem verwies schon die *Grande Dame* der aktivistischen Analyse, Angela Davis, als sie betonte: “We have to embrace projects that embrace the socio-historical conditions that enable these acts [of police violence]” (2016: 138). Sie erinnert an die breite Rassismusdefinition des *Civil Rights Congress of the US* in ihrer Genozid-Petition gegen die USA bei den Vereinten Nationen von 1951: „lives deliberately warped and distorted by the willful creation of conditions making for premature death“ (zit. in Davis 2016: 132 f.), die heute eher Ruth Wilson Gilmore zugesprochen und kaum konsequent angewendet wird.

Die Entkoppelung von *Race* und Klasse verdränge radikalere linke Politik, und habe es erschwert, kritisch und ehrlich über Schwarze Lebensrealitäten in ihrer Komplexität und mit ihren Widersprüchen zu denken. Angesichts dieser Umstände folgert Johnson, dass die Beschwörung von *Black Power* keine fundierte politische Analyse ersetzen kann. Ohne Fragen von Ungleichheit anzusprechen und ohne breite Unterstützung, würden Forderungskataloge nicht dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit zu produzieren. Aktivist:innen sollten zuallererst ihre Analogie durch Analyse ersetzen. Die Sprache von *Black Power* sei bereits von der neoliberalen Elite domestiziert und zu einer symbolischen Geste unter NGOs und auf dem akademischen Parkett verkommen. Schlimmer: Die neoliberale Elite würde im Namen der Unterdrückten in einer Rhetorik der *Community* sprechen, um ihre eigenen Partikularinteressen zu verfolgen. Viele Aktivist:innen aus dem *non-profit industrial complex* würden den *BLM*-Slogan für unternehmerisches Branding und das Werben um philanthropische Stiftungen nutzen. Tatsächlich zahlten die Großunternehmen *Warner*, *Sony Music* und *Walmart* jeweils \$100 Mil-

lion an ähnlich ausgerichtete Organisationen (z. B. an das *NDN Collective*, s. u.). Dies bewirkte ein positiveres Unternehmensimage und mehr Profit, änderte aber nichts an der Lebenssituation der *Surplus*-Bevölkerung, die von eben jenen Unternehmen ausgebeutet wird. Jay Arena (2019) bringt dies in ihrem Kommentar zu Johnsons Text auf den Punkt:

“[... T]he classvacuous language deployed by black unity politics, the ‘black exceptionalism’ theoretical framework from which these activists operate, and their own class origins or aspirations tend to result in ‘movement’ demands being repositioned to address the interests of the affluent and pose no real challenge to the capitalist conditions that produce police killings and terror.” (2019)

NDN capitalists

Ähnliches ist in *Indian Country* (also in den vielfältigen Räumen indigenen Lebens in Nordamerika) zu beobachten, wo in den 1970er Jahren ebenfalls eine urbane Mittelschicht fernab der Reservationen gestützt auf Opfererzählungen eine Identitätspolitik vorantrieb, die Russel Means und weiteren Profiteur:innen des *American Indian Movement* den Spitznamen *poverty pimps* einbrachte. Wie damals die städtischen *Natives* die *Red Power*-Slogans von *Black Power* übernahmen, orientieren sich heute die medial Sichtbaren an *BLM*. Das *NDN Collective*,² gegründet von Leuten, die fernab der Reservation im urbanen weißen Bildungsbürgertum aufwuchsen, wurde bald dafür kritisiert, Bewegungssprache eigennützig zu kooptieren, um Spenden zu sammeln und vom *non-profit crony capitalism* zu profitieren. Allein vom *Amazon*-Unternehmer Jeff Bezos erhielt das *NDN Collective* mit seinen über 60 Angestellten und *CEO* mit sechsstelligem Jahresgehalt \$12 Millionen US-Dollar, während sich an der Lebensrealität der meisten *Natives* nichts änderte und viele *Grassroots*-Bemühungen entweder übertönt oder übernommen werden (*NDN Capitalists* 2022).

Native Americans werden im Buch mehrfach, aber nur am Rande erwähnt. Dies ist angesichts der analytischen Potenziale bedauerlich. Denn gerade der Blick auf die Produktion der ersten *Surplus*-Bevölkerung in Nordamerika zum Zweck der Kapitalakkumulation zeigt, dass Rassismus nur ein Mittel war, aber nicht die vornehmliche Ursache. Zudem könnte eine vertiefte Befassung mit indigenen Kämpfen auch alternative Bewegungsforderungen aufzeigen, denn im Gegensatz zu *BLM* und dem *NDN Collective* gründen *Grassroots*-Indigene ihre Forderungen nicht auf ethnisch-basierter Diskriminierung, sondern auf politischen Souveränitätsrechten.

Davon unbenommen ist es Johnsons großer Verdienst mit diesem Buch die

2 Die umgangssprachliche Abkürzung *ndn* für *Indian* ist in *Indian Country* schon lange geläufig. Im Namen der Organisation *NDN Collective* handelt es sich nicht um ein Akronym.

hartnäckige Fixierung auf *Race* in Frage zu stellen. Das von vielen aktivistischen Akademiker:innen favorisierte Analyseraster der (eng verstandenen) Identitätspolitik biete nur einen begrenzten Einblick in die Gefängniskrise. Die Hautfarbe der Opfer sei lesbarer als ihre Zugehörigkeit zur *Surplus*-Bevölkerung, auch wenn *Race* in vielen lokalen Kontexten nicht das zentrale Problem sei. Johnson erinnert daran, dass der Begriff *identity politics* intersektional von Schwarzen lesbischen Feministinnen des *Combahee River Collective* geprägt, aber seither kooptiert und korrumpiert wurde (63 f.). Stand der Gedanke, die radikalste Politik komme aus der eigenen Identität, einst dafür, die vielfältigen Unterdrückungsmechanismen, unter denen die Schwarzen Frauen litten, sichtbar zu machen, gerieten dadurch heute die Befreiung aller Unterdrückten aus dem Blick. Ähnliches kritisiert Angela Davis (2016: 144), wenn sie formuliert, worum es gehen sollte: „not so much intersectionality of identity but intersectionality of struggles.“

Die einseitige Fokussierung auf ein Identitätsmerkmal hindert auch in Deutschland die von *BLM* inspirierten Kampagnen aus dem Bildungsbürgertum, Mitglieder der *Surplus*-Bevölkerung zu unterstützen, die sich nicht auf eine Migrationsgeschichte reduzieren lassen. Geschweige denn, die eigene Rolle in der aus der Übernahme und Gentrifizierung der Innenstädte resultierenden Verdrängung und Prekarisierung der *Surplus*-Bevölkerung anzuerkennen – was Johnson in dem Abschnitt *Policing in the revanchist city* ausführt –, oder gar die Bereitschaft, das eigene Erbe zu teilen (78-86). Der Zusammenhang von undemokratischer und ungerechter Kapitalakkumulation mit ungelösten Polizeiproblemen wird weiterhin ausgeblendet.

Diejenigen, die behaupten, liberaler Antirassismus sei eine notwendige Phase auf dem Weg zu einer lebensfähigeren linken Politik der Arbeiterklasse, leiden Johnson zufolge entweder an böser Absicht oder betrieben die schlimmste Form der Anbiederung – nämlich die unkritische Unterstützung von Schwarz geführter Politik als Mittel, das eigene antirassistische Engagement zu demonstrieren. Demgegenüber, so betont Johnson, brauche es eine Politik, die breite Solidarität entlang kollektiver Bedürfnisse und Interessen aufbaut. Dies sei eine Form des Antirassismus, die wir gerade jetzt dringend brauchen, um die Polizeikrise zu beenden und die Gesellschaft zu zivilisieren.

Sonja John, Berlin

Literatur

- Arena, Jay (2019): USA: Only a Class Politics Can Save Us From Police Violence and Fascism, in: Europe Solidaire Sans Frontières. <<http://europe-solidaire.org/spip.php?article48815>> [11.06.2022].
- Davis, Angela Y. (2016): Freedom is a Constant Struggle. Ferguson, Palestine and the Foundations of a Movement, Chicago.
- Harring, Sidney L. (2017 [1983]): Policing a Class Society. The Experience of American Cities 1865-1915, Chicago.
- NDN Capitalists (2022): Profiteer, Exploit, Recolonize. <<http://www.ndncapitalists.org>> [11.06.2022]